

sodaß Möglichkeiten für die weitere Absatzsteigerung in der Union selbst nur recht beschränkt wären. Hier lag nicht nur für die Vereinigten Staaten selbst, sondern für die ganze Weltwirtschaft, vor allem aber für Europa, eine außerordentliche Gefahr, die gerade im Frühjahr, als es in Deutschland mit der Konjunktur allmählich etwas abwärts zu gehen schien, voll erkannt wurde. . . . Nun sieht es erfreulicherweise so aus, als ob diesmal noch eine Krise der Weltwirtschaft, die in einer derartigen Entwicklung ihre Begründung finden würde, vermieden werden kann. Das Gespenst einer Absatzkrise in den Vereinigten Staaten ist nach den von drüben herüberkommenden Nachrichten zunächst wieder verschwunden. Die Schwächeerscheinungen, welche sich zu Anfang des Jahres in der amerikanischen Wirtschaft zeigten, scheinen überwunden zu sein. Allerdings befürchten manche Wirtschaftstheoretiker gerade auch von guter Konjunktur in Amerika nachteilige Wirkungen nicht zuletzt namentlich für Deutschland. In der Tat läßt ja auch die deutsche Wirtschaftslage gerade seit diesem oben festgestellten Umschwung wieder mehr zu wünschen übrig. Wenn gleich schwere Krisenerscheinungen im Monat September nach dem Bericht des preußischen Ministeriums für Handel und Gewerbe nicht festzustellen waren, ist doch der Rückgang der Konjunktur noch deutlicher als bisher in Erscheinung getreten. Allerdings konnten sich die Auswirkungen der guten Ernte noch nicht wesentlich bemerkbar machen. Der Außenhandel, der im August nur mit 58 Millionen Mark passiv ist und somit handelsbilanzmäßig eine starke Besserung aufweist, zeigt im Rückgang der Rohstoffeinfuhr und in der an sich erfreulichen Zunahme der Ausfuhr, daß die Aufnahmefähigkeit des Binnenmarktes abgenommen hat. Die Arbeitslosenziffer ist früher als sonst saisonmäßig bedingt, aber nur ganz gering gestiegen. Die Bau-saison scheint sich bereits dem Ende zuzuneigen. Der Geldmarkt hat sich weiter verschlechtert. Verhältnismäßig günstig war auch im Berichtsmonat die Lage der chemischen Industrie und von Teilen der Nahrungsmittelindustrie. Während in der Kohlenwirtschaft keine wesentlichen Änderungen eingetreten sind, gestaltete sich die Lage der Eisenindustrie weiter ungünstig. In der Textilwarenindustrie ist die erwartete Herbstbelebung bisher nur in geringem Umfange eingetreten. Die Lage im Einzelhandel hat sich gegenüber dem Vormonat nicht wesentlich verändert. Insbesondere ist die erwartete Belebung der Geschäftstätigkeit, die nach der Beendigung der Reisezeit und mit dem Eintritt des Herbstwetters sonst gewöhnlich im September einzutreten pflegt, diesmal ausgeblieben. Dies machte sich besonders im Textilhandel bemerkbar, der allgemein über einen auf die warme Witterung zurückzuführenden geringen Umsatz klagt. Die Preise für Baumwollwaren sind zurückgegangen, während sich die Preise im übrigen hielten. Teilweise etwas günstiger lag der Lebensmittelhandel. Die auf die gute Ernte gesetzten Hoffnungen einer Absatzsteigerung haben sich bisher nur in geringem Umfange erfüllt, da die Landwirtschaft noch weitgehend mit Erntearbeiten — Kartoffel- und Hackfrüchtereinte — beschäftigt ist.

Auf den Tagungen der großen Wirtschaftsverbände sind in letzter Zeit wiederholt Fragen der Kartellpolitik erörtert worden. Erfreulicherweise mehrten sich dabei die Stimmen, die eine schärfere Scheidung zwischen Preis- und Produktionskartellen einerseits und Konditionen- und anderen Kartellen andererseits fordern. Es wird in der Tat Zeit, daß man den Organisationen, die letzten Endes doch nur Treu und Glauben, Vertragstreue und Lauterkeit des Wettbewerbs schützen wollen, mehr Gerechtigkeit angedeihen läßt. Wenn sich hier ein Stimmungswechsel vollzöge, wäre das sehr zu begrüßen. Dasselbe gilt hinsichtlich der Einstellung zu sogenannten gemeinnützigen Einrichtungen. Auch hier muß gewünscht werden, daß die Verwirrung der Gefühle, die als Erbe der Inflationszeit zurückgeblieben ist, langsam besserer Einsicht weicht. Auf eine sehr dankenswerte Maßnahme, die in diesen Zusammenhang gehört, möchten wir hier hinzuweisen nicht verfehlen. Das sächsische Gesamtministerium hat kürzlich im »Gemeinsamen Ministerialblatt« eine neue Verordnung über den Warenhandel von Beamten, Lehrern und Staatsangestellten erlassen, in der es heißt:

Nach den jetzigen Bestimmungen ist Staatsbeamten und Lehrern verboten, ohne vorherige Genehmigung der Anstellungsbehörde ein Gewerbe zu betreiben. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn es sich ganz oder überwiegend um den Vertrieb von Waren an andere Beamte, Angestellte und Arbeiter des Staates handelt.

Soweit solche Geschäfte nicht gewerbsmäßig betrieben werden, gilt folgendes:

1. Es ist den Beamten untersagt, in den Amtsräumen Warenbestellungen zu sammeln, auf eigene Rechnung eingekaufte Waren zu vertreiben oder gemeinschaftlich bestellte Waren zu verteilen, gleichgültig, ob dies in der Absicht, einen Gewinn zu erzielen, geschieht oder nicht. Es ist den Beamten auch untersagt, zu diesen Zwecken in den Amtsräumen Warenangebote, Bestelllisten und dergleichen auszuhängen, zu verteilen oder in Umlauf zu setzen.

2. Die Behördenvorstände dürfen für die unter 1. bezeichneten Zwecke oder zur Lagerung von Waren Räume in Dienstgebäuden an Beamte weder entgeltlich noch unentgeltlich zur Verfügung stellen.

3. Fremden Personen ist jede Art von Handelstätigkeit, insbesondere das Sammeln von Warenbestellungen und der Verkauf von Waren, in den Amtsräumen untersagt. Ziffer 1 Satz 2 gilt entsprechend. Ausnahmen dürfen vom Behördenvorstande nur gestattet werden, wenn es mit den staatlichen und dienstlichen Belangen vereinbar ist (z. B. Vertrieb von Milch zum sogenannten Genuß, Sammeln von Bestellungen auf Bücher für dienstliche Zwecke).

Genehmigte Kantinenbetriebe werden hiervon nicht betroffen.

4. Das Recht der Beamten und Beamtenvereinigungen auf gemeinschaftlichen oder genossenschaftlichen Bezug von Waren außerhalb der Dienstzeit und außerhalb der Amtsräume bleibt unberührt.

5. Diese Vorschriften gelten entsprechend auch für Lehrer und für Angestellte und Arbeiter bei allen staatlichen Dienststellen.

Die Lage in der graphischen Industrie ist nicht einheitlich. Der Lagebericht des Zentralausschusses der Papier-, Pappen-, Zellstoff- und Holzstoffindustrie für den Monat September besagt: »Die zum Teil saisonmäßige Zurückhaltung in der Auftragserteilung auf dem Inlandmarkt scheint einer leichten Belebung Platz zu machen, falls sich nicht die Geldverhältnisse weiter verschlechtern. Die Ausfuhr an Papier steigt langsam. Die mit dem 1. Oktober eintretende Frachterhöhung wird die Herstellungskosten der Papierherzeugung erneut fühlbar steigern. Die vollkommen ungenügenden Betriebswasserhältnisse im September haben zu einer weiteren Einschränkung der Produktion von Holzschliff und Pappe geführt. Die Nachfrage nach Holzschliff war lebhaft, doch konnten infolge Produktionsunmöglichkeit nicht alle Aufträge ausgeführt werden.« Der Bericht des preußischen Handelsministeriums ist weniger zuversichtlich. In der Papierindustrie, heißt es da, ist die erwartete Belebung — entgegen den früheren Jahren — ausgeblieben. Vor allem die Absatzverhältnisse auf dem Inlandmarkt haben sich weiter verschlechtert. Infolge der mangelhaften Nachfrage sind ausreichende Verkaufspreise nicht zu erzielen. Für einzelne Rohstoffe sind die Preise fest. Im übrigen haben sich die Erzeugungsbedingungen nicht nennenswert geändert. Im Buchdruck war die Beschäftigung nach wie vor recht schlecht, sodaß auch Arbeiterentlassungen notwendig wurden. Stein- und Offsetdruck waren zum Teil leidlich beschäftigt. Das Zeitungsgeschäft war gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres geringer, da der Einzelhandel weniger Anzeigenaufträge gab. Aus der Ungunst der Lage erklärt es sich wohl, daß im Deutschen Buchdruckerverein kürzlich ein Ausbau der kollegialen Abkommen, wie namentlich in Berlin eins schon lange bestand, beschlossen worden ist, um Ersatz für die Verbindlichkeit des Preistarifs zu finden. Verfehlt aber war es, wenn der Bericht der Papierzeitung darüber zugleich glaubte, dem Drucker verlegerische Unternehmen empfehlen zu müssen. In der Zeitschrift für Deutschlands Buchdrucker ist mit Recht gerade davor schon früher wiederholt gewarnt worden. Die Folge könnte nur eine katastrophale Überproduktion werden.

Die Zahl der erstmalig im Börsenblatt angekündigten Neuerscheinungen ist saisongemäß im September auf 1411 (1913: 1558, 1927: 1520) gestiegen, gegen 868 im August. Damit sind für 1928 bisher insgesamt 9998 gezählt gegen 9926 im Jahre